

1485 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP

Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales

über den Antrag 1978/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verschärfung des Sonderpensionenbegrenzungsgesetzes

Die Abgeordneten Mag. Gerald **Loacker**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 31. Jänner 2017 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Der Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2013 und 2014 brachte einige interessante Zahlen zum Vorschein, insbesondere auch Bereich der Pensionsleistungen an ehemalige Mitarbeiter_innen. Hierbei zeigen sich enorme Unterschiede in den jeweiligen durchschnittlichen Höhen der Pensionsleistungen, die deutlich aufzeigen, in welchen öffentlichen Bereichen äußert hohe Pensionen ausbezahlt werden, sodass die sogar die *Durchschnittspensionen* teilweise weit über der ASVG-*Höchstpension* liegen. Folgende Tabelle gibt eine Übersicht darüber, in welchen Unternehmungen die durchschnittliche Pensionshöhe im Jahr 2014 (14x jährlich) über der ASVG-Höchstpension von 3135,94 €/14x jährlich lagen:

	Personen	Gesamtsumme	Summe/Person	14x jährlich / Durchschnitt
Verbund Thermal Power	1	200600	200 600,00 €	14 328,57 €
Österreich Werbung	2	191400	95 700,00 €	6 835,71 €
OeNB	1316	118560100	90 091,26 €	6 435,09 €
Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft	1	87400	87 400,00 €	6 242,86 €
Schönbrunn	1	86100	86 100,00 €	6 150,00 €
Verbund AG	32	2420000	75 625,00 €	5 401,79 €
VA Notariat	2	147100	73 550,00 €	5 253,57 €
Österreichisches Bundesfinanzierungsagentur	2	143600	71 800,00 €	5 128,57 €
AMA	1	67100	67 100,00 €	4 792,86 €
Austro Control	2	131600	65 800,00 €	4 700,00 €
Kommunalkredit	10	643700	64 370,00 €	4 597,86 €
ASFINAG	11	689200	62 654,55 €	4 475,32 €
Verein Theater der Jugend	2	102100	51 050,00 €	3 646,43 €
HETA ASSET Resolution AG	8	407100	50 887,50 €	3 634,82 €

Human Resources Personalarbeit GmbH	1	46900	46 900,00 €	3 350,00 €
Großglockner-Hochalpenstraße	2	91100	45 550,00 €	3 253,57 €

Auch bei jenen Unternehmungen, deren Pensionszahlungen im Schnitt unter dieser ASVG-Höchst Pension liegen, werden für einen nicht unbeträchtlichen Personenkreis Pensionen ausbezahlt, die weit über dem liegen, was sozialversicherte Erwerbstätige in Österreich als Pensionsanspruch erwerben können.

Die Problematik von unverschämte hohen Pensionsleistungen an ehemalige Mitarbeiter öffentlicher Unternehmungen ist nicht neu. Aus diesem Grund wurde versucht 2014 mit dem Sonderpensionenbegrenzungsgesetz eine Reduktion dieser Luxus Pensionen zu erreichen. Allerdings hat sich bereits im Vorfeld der Beschlussfassung deutlich gezeigt, dass das Gesetz wesentliche Punkte nicht berücksichtigt, um diese Luxus Pensionen auf ein für die Bevölkerung zumutbares und gerechtes Niveau zu kürzen.

Das ‚Sonderpensionenbegrenzungsgesetz‘ kann im Prüfzeitraum des vorliegenden Rechnungshofberichts zwar noch keine Auswirkungen zeigen. Doch ergab eine Anfragenserie von Abg. Loacker, dass die Auswirkungen des Gesetzes auf die Rückstellungen für die entsprechenden Pensionsleistungen nicht bzw. maximal in einem homöopathischen Ausmaß gegeben sind, wie folgende Auswahl an Antworten auf die entsprechende Anfragen zeigen:

Kammer der Wirtschaftstreuhänder: *„Das Sonderpensionenbegrenzungsgesetz hatte keine Auswirkungen auf die Entwicklung der Rückstellungen.“*

Ziviltechniker-Kammer: *„Die Auswirkungen auf die Rückstellungen 2015 kann mangels Vorliegens des Jahresabschlusses noch nicht beurteilt werden. Im Fall der LK-OÖ/S ist mit keiner Änderung der Rückstellungen zu rechnen.“*

Tiergarten Schönbrunn: *„Die Änderung der Pensionsrückstellungen auf Grund des Sonderpensionenbegrenzungsgesetzes beträgt -1,3%.“*

Bundesmuseen: *„Die Rückmeldungen aller Bundesmuseen sowie der Österreichischen Nationalbibliothek haben ergeben, dass sich die Rückstellungen auf Grund des Sonderpensionenbegrenzungsgesetzes nicht geändert haben.“*

Ärztammer: *„Wie die Österreichische Ärztkammer mitteilt, hat sich die Rückstellung in der Ärztkammer aufgrund des Sonderpensionenbegrenzungsgesetzes um den Betrag von 5.533,62 vermindert.“*

VERBUND: *„[...] [Die] Veränderung ist im Rückstellungsaufwand aufgrund der geringen Summe und gegenläufiger Effekte, wie etwa Zinssatz, Parameter etc., nicht wesentlich und daher nicht erkennbar.“*

Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft: *„Die Rückstellungen haben sich auf Grund des Gesetzes im Jahr 2015 leicht verringert (um rund € 1.300).“*

Verschiedene Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes haben gezeigt, dass die bisherige Kürzung von Luxus Pensionen rechtsstaatlich völlig unbedenklich ist. Beschwerden gegen diese Kürzungen bleiben also aussichtslos. Damit ist den Regierungsparteien aber ein wesentliches Argument abhandgekommen, sich um eine weitere Reduktion von Luxus Pensionen zu drücken. Bisher wurde nämlich von Seiten der Regierungsparteien und Privilegienverteidigern argumentiert, dass laufende Verfahren abgewartet werden müssten, bevor über Weiterentwicklungen - also Verschärfungen - des Sonderpensionenbegrenzungsgesetzes debattiert werden könne.

Mit der aktuellen Entscheidung des VfGH können nun endlich weitere Maßnahmen getroffen werden, um einen Beitrag zur Pensionsgerechtigkeit zu schaffen. Beispielsweise sind bei den oben angegebenen Pensionsleistungen an ehemalige Mitarbeiter nur jene Pensionsleistungen ausgeführt, die vom jeweiligen Unternehmen bzw. der jeweiligen Einrichtung direkt bezahlt werden. Nicht berücksichtigt sind also andere Pensionsleistungen wie z.B. Beamtenpensionen oder Pensionen aus einer gesetzlichen Pensionsversicherung. Gerade hier zeigt auch das Sonderpensionenbegrenzungsgesetz eine Schwachstelle: Weder für die Obergrenzen für zukünftige Verträge oder bereits laufende Verträge, noch für die Grenzen ab denen Sicherheitsbeiträge zu bezahlen sind (es also zu einer Kürzung einer solchen Sonder Pension kommt), werden diese anderen Pensionsleistungen mit einbezogen.

Was die Obergrenzen betrifft, ist nicht nur fraglich, weshalb nur die jeweiligen Sonder Pensionen (außerhalb anderer gesetzlicher Pensionsleistungen) berücksichtigt werden bzw. auch weshalb diese

Obergrenzen nicht langfristig an die ASVG-Höchstpension angepasst werden, um eine schnellere Harmonisierung des Pensionsrechts schneller zu erreichen.

Wesentlich ist auch der Umstand, dass Sicherungsbeiträge erst ab 100% der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage eingehoben werden. Das ist insbesondere deshalb inhaltlich unlogisch, als die ASVG-Höchstpension bei rund 70% der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage liegt. Für den Vergleich mit der durchschnittlich sozialversicherten Bevölkerung und den privilegierten Pensionsbeziehern ist natürlich die Höchstpension nicht die Höchstbeitragsgrundlage relevant. Diese Luxuspensionen werden fälschlicherweise also erst ab einem Wert beschnitten werden, der für ASVG-Versicherte niemals zu erreichen sein wird. Gerade deshalb ist es notwendig, dass die Sicherungsbeiträge bereits ab Erreichen der ASVG-Höchstpension gekürzt werden.

Gerade im Hinblick auf die beabsichtigte, aber gescheiterte Präsentation einer Pensionsreform der Bundesregierung am 29. Februar 2016 ist es dringend notwendig, auch entsprechende Nachbesserungen im Bereich von Luxus- bzw. Sonderpensionsrechten anzugehen und die Anstrengungen zu intensivieren, ein einheitliches Pensionsrecht für alle Österreicherinnen und Österreicher zu etablieren.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 15. Februar 2017 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Mag. Gerald **Loacker** die Abgeordneten Johann **Hechtl**, Mag. Judith **Schwentner**, Karl **Öllinger**, Ing. Waltraud **Dietrich**, Ing. Mag. Werner **Groiß**, Ing. Markus **Vogl**, Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein**, Werner **Neubauer**, Johann **Hell**, Erwin **Spindelberger** und Ulrike **Königsberger-Ludwig** sowie der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Alois **Stöger**, diplômé.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit (**für den Antrag**: F, G, N, T, **dagegen**: S, V).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Erwin **Spindelberger** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2017 02 15

Erwin Spindelberger

Berichterstatter

August Wöginger

Obmann-Stellvertreter

